

Bioentsorgung wird im Ausschuss kontrovers diskutiert

## Gebühren kommen noch einmal auf die Tagesordnung

*Von Egmar Gebert*

Dass die Müllgebühren im kommenden Jahr steigen sollen, darüber herrscht in den Ausschüssen des Stendaler Kreistags weitgehend Einigkeit. Auf den Prüfstand soll jedoch der Teil der Müllgebührensatzung, der die Einführung einer "verursachergerechten Bio-Pauschalgebühr" vorsieht. Durch sie sollen diejenigen Bürger des Landkreises zur Kasse gebeten werden, die eine Biotonne nutzen. Im Finanzausschuss regt sich dagegen Widerstand.

Stendal. Die Rücklagen, die zur Deckung der Abfallentsorgungskosten mitaufgebraucht werden konnten, sind auf null zusammengeschmolzen.

Restabfälle dürfen nicht mehr unbehandelt auf Deponien im Landkreis abgeladen werden und müssen in die Müllverbrennungsanlage nach Rothensee gebracht und teuer bezahlt werden. Die Preise für Altpapier – ein nicht unwesentlicher Einnahmeposten der kreislichen Müllverwerter – befinden sich krisenbedingt im Sturzflug.

All das sind Argumente, die vom Landkreis ins Feld geführt werden, um die Erhöhung der Müllgebühren ab 2010 zu begründen. Festgeschrieben werden soll sie in einer neuen Abfallgebührensatzung, die seit Anfang des Monats in den Ausschüssen des Kreistags für Diskussionsstoff sorgt (die Volksstimme berichtete). Das war am Donnerstagabend während der Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses nicht anders. Annemarie Theil, stellvertretende Landrätin, untermauerte die Landkreisargumentation mit zwar wenigen, dafür umso eindrucksvolleren Zahlen: Die Kosten für die Müllentsorgung würden die gegenzurechnenden Einnahmen um rund eine Million Euro überschreiten. Allein der Preisverfall beim Altpapier würde den Landkreis ab 2010 rund 600 000 Euro jährlich kosten." Wir brauchen künftig mehr Einnahmen durch Gebühren", brachte es Theil auf den Punkt.

Eine Schlussfolgerung, der keines der Ausschussmitglieder widersprach. Auch nicht, als die ersten Sparmaßnahmen in Sachen Müllentsorgung zur Sprache kamen. So soll das Schadstoffmobil künftig nicht mehr zweimal im Jahr, sondern nur noch einmal durch den Landkreis touren und sollen Kleinstmengen an Grünschnitt, Strauchwerk, sperrigen Abfällen und ähnlichem, die bisher auf den Entsorgungshöfen kostenlos angenommen werden, gebührenpflichtig werden. "Die Folge wird sein, dass die Leute diese Sachen da hinschaffen, wo sie sie kostenlos abladen können – in den Wald", befürchtete Ausschussmitglied Dr. Jörg Böhme (CDU).

Auf noch weniger Gegenliebe stieß die Forderung in besagtem Gebührensatzungsentwurf, künftig diejenigen, die ihre Bioabfälle separat in die dafür vor Jahren eingeführte Biotonne tun, auch separat zur Kasse zu bitten. Dieses Gebührenmodell soll als "verursachergerechte Bio-Pauschalgebühr" eingeführt werden. Dank dieser könnten 50 Prozent der Biomüll-Entsorgungskosten direkt auf die "Verursacher" von Biomüll umgelegt werden. In Zahlen: Die 60-Liter-Biotonne soll im Jahr 13, 68 Euro kosten, die 120-Liter-Biotonne 19, 08 Euro und die wiederum doppelt so große 240-Liter-Biotonne 28, 68 Euro.

Einmal abgesehen davon, dass damit die Leute, die viel Biomüll produzieren, pro Liter weit weniger bezahlen als die "Produzenten" von wenig Biomüll, wie Katrin Kunert (DIE LINKE) bemängelte, stellte Ralf Berlin (FDP) die Biomüll-Gebühr generell in Frage: "Die Biotonne kostenpflichtig zu machen, halte ich für den falschen Weg."

Wo dieser Weg hinführen könnte, machte wiederum Katrin Kunert deutlich. "Es besteht die Gefahr, dass die Leute dann den Biomüll in die Restmülltonne kippen."

Nur eine Variante. Auf eine weitere machte Jörg Böhme aufmerksam. Wer würde – wenn er dafür bezahlen soll – noch das Laub vom Baum des Nachbarn, das auf sein Grundstück rieselt, entsorgen wollen? Eine Flut von Klagen, auch gegen Kommunen, die sich Bäume leisten, sei zu erwarten.

Argumente für eine Biomüll-Gebühr waren im Laufe dieses Abends von keiner Seite mehr zu hören. Allerdings eine Festlegung des Vorsitzenden des Finanzausschusses, des Landrats Jörg Hellmuth: Der Fachausschuss ( in diesem Fall also der Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz ) möge sich die Müllgebührensatzung noch einmal auf die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung stellen. Am 10. November wird die stattfinden. Das wird dann die letzte Beratung über Für und Wider von erhöhten Müllgebühren, über Sinn oder Unsinn von separaten Biomüll-Gebühren sein. Am 19. November tagt der Kreistag, und er soll das Gebührensatzungswerk in Sachen Müll beschließen.